

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 10. Dezember 1932

Nummer 99

Zeitgemäße organisatorische und tarifliche Aufgaben

Am 9. Dezember tritt in Berlin eine Gauvorsteherkonferenz des Verbandes nach § 26 (Ziffer 2) der Satzungen zusammen. Diese Konferenz, die in der Regel alljährlich stattfindet, hat im September 1931 aber aus mancherlei wichtigen Gründen nur im engeren Rahmen einer Gauvorsteherberatung abgehalten wurde, hat folgende Tagesordnung zu erledigen:

1. Bericht und Mittelungen.
2. Besprechung über die Finanzlage des Verbandes, Beitrags- und Unterstützungsweisen usw.
3. Beschlusfassung über den nächsten Verbandstag.
4. Wahl des Verwalters für die Geschäftsstelle des „Korrespondent“.
5. Berichtes.
6. Die bevorstehenden Vorverhandlungen für den Manteltarif.

Im Rahmen des ersten Punktes der Tagesordnung wird ein Gesamtbericht über organisatorische Fragen im Hinblick auf die Verhältnisse im Verband und dessen Aufgabengebiet nach innen wie außen die Grundlage einer eingehenden Aussprache zwecks weiterer einheitlicher und zweckmäßiger Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten bilden. Vieles davon wird unter Berücksichtigung der gegenwärtigen komplizierten Erscheinungen in Wirtschaft und Politik einer breiteren öffentlichen Berichterstattung nicht unterzogen werden können, wird vielmehr der mündlichen Information innerhalb der Mitgliedschaftsversammlungen in nächster Zeit vorbehalten bleiben müssen. Daneben wird auch bestmögliche Klarheit über die Grenzen und Konsequenzen antigerwerblicher Betätigung als Folge politischer Verwirrungen zu schaffen sein; wie überhaupt Möglichkeiten einer tiefergehenden und wirksameren Geltendmachung oder Abreinstimmung organisatorischer Rechte mit entsprechenden Pflichten schärfer ins Auge zu fassen sein werden und nicht nur den Verbandsfunktionären überlassen werden sollten. Nicht zuletzt wird hierbei die in den letzten Jahren üblich gewordene juristische Gleichstellung der menschlichen Arbeitskraft mit gewöhnlichen Warenbegriffen und die erforderliche Abwehr dagegen auch im Buchdruckgewerbe eine Rolle spielen.

Wesentliche Bedeutung kommt in der heutigen Zeit dem zweiten Punkt der Tagesordnung zu. Unvermindert groß sind die Anforderungen, die infolge der Wirtschaftsnot an den Verband gestellt werden. Anzeichen auf wirtschaftliche Belebung in unserem Gewerbe sind nirgends vorhanden, und wir müssen uns darauf einrichten, daß wir auch weiter für die Opfer der Wirtschaftsnot beträchtliche Aufwendungen zu machen haben. Unter diesem Gesichtswinkel muß das Beitrags- und Unterstützungsweisen des Verbandes nachgeprüft und aus dem Ergebnis dieser Prüfungen die erforderlichen Schlusfolgerungen gezogen werden.

Daß in diesem Zusammenhang auch eine gewissenhafte Prüfung der Verwaltungskosten des Verbandes in allen ihren Einzelheiten in Frage kommt, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. In Wirklichkeit liegen auf diesem Gebiet die Dinge für unsern Verband jedoch so, daß sich seine Verwaltungsausgaben persönlicher und tatsächlicher Art in seinen Haupt-, Gau- und Bezirksverwaltungen im Durchschnitt schon im Jahr 1931 im Vergleich zum Durchschnitt der Verwaltungsausgaben aller Zentralverbände auf der untersten Stufe halten. Daraus ergibt sich, daß die materiellen Kosten der immer umfangreicher und komplizierter ge-

wordenen Tätigkeit unserer ehrenamtlichen und angestellten Verbandsfunktionäre sich durchweg in sehr mäßigen Grenzen halten. Dies alles bürgt dafür, daß auch die jetzige Gauvorsteherkonferenz keinen Weg unerörtert lassen wird, der den Verband nach jeder Richtung auch in Zukunft zur Bewältigung seiner kulturellen und sozialen Aufgaben zum Wohl der Gesamtkollegenschaft befähigt.

Von nicht minderer Bedeutung wird die am 13. Dezember ihren Anfang nehmende Erledigung der bei Vereinbarung über den Manteltarif festgelegten Protokollklärung (Ziffer 2) bezüglich der Paragraphen 11 bis 22 (Sonderbestimmungen für Maschinensetzer, Drucker und Stereotypsetzer sowie der Handsetzer [Anlage A] des künftigen Tarifs sein. Trotz der sowohl aus wirtschaftlichen wie tarifpolitischen Gründen gänzlich aussichtslosen Situation hat die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht davon Abstand genommen, auf einer Beratung ihrer Anträge zu diesen Punkten zu bestehen. Sie hält an einer Entscheidung der Tarifparteien und wahrscheinlich auch einer solchen des Schlichters fest und scheint immer noch nicht davon überzeugt zu sein, daß jede weitere Belastung der Gehilfenschaft, sei es in Arbeits- oder Lohnbedingungen, als Erschütterungen des ehemals vorbildlichen Tarifgebankens im deutschen Buchdruckgewerbe die restlose Beseitigung jeder gewerblichen und tariflichen Ordnung zur Folge haben könnte.

Wir verzichten daher auch an dieser Stelle auf eine nähere Erörterung der in Betracht kommenden Anträge von Prinzipalsseite. Sie sind höchstens als „Munition“ für ein sogenanntes Hornberger Schießen zu bewerten und könnten bestenfalls noch als historischer Beweis dafür dienen, wie weit entfernt man auch heute noch auf Unternehmenseite ist, die wahren Ursachen des heutigen Wirtschaftselends auch im deutschen Buchdruckgewerbe dort zu suchen, wo sie in Wirklichkeit zu finden wären. Wer sich von den Lesern des „Korr.“ trotzdem der Mühe unterziehen will, die Prinzipalsanträge noch einmal in ihrer ursprünglichen Form auf sich einwirken zu lassen, der mag von seinem Bücherbrett oder seiner Mitgliedschaftsbücherei die Nr. 21 des „Korr.“ vom 12. März 1932 zu Hilfe nehmen; ihre nochmalige Wiederholung an dieser Stelle wäre unverantwortlicher Raumbwefel. Mit einem positiven Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auch dem Buchdruckgewerbe nützlich sein könnte, haben diese Anträge nichts zu tun. Abrigt wird und kann nur das eine bleiben, daß wieder einmal auf dem Gebiet der ominösen Tarifauflockerung ein Eifer auf Prinzipalsseite entfalteter worden sein wird, der einen Ausweg durch tarifpolitische Festlegungen dort sucht, wo es keinen gibt, sondern nur noch zu kostspieligeren Gegensätzen führen wird! Soweit die einzelnen Tarifpositionen der verschiedenen Sparten durch die Prinzipalsanträge „aufgelockert“ oder richtiger gefagt verhandelt werden sollen, dürfte es bei den diesbezüglichen Beratungen im Lauf der nächsten den Beratungen im Lauf der nächsten Woche nicht an deutlicher Kennzeichnung fehlen. Die Organisationsvertreter der Gehilfenschaft und die Sachverständigen der einzelnen Sparten sind sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung für ein zweckmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten auf technischem Gebiet wohl bewußt und werden dafür zu sorgen wissen, daß das Gewerbe vor willkürlichen Experimenten bewahrt bleibt!

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise

3. Schicksal der Arbeitenden

Seit Mitte 1929 nimmt die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in Deutschland unaußfahrlam ab. Nach der Statistik der Krankenkassen waren regelrecht beschäftigt:

September 1929	18,4 Millionen Arbeitnehmer
September 1930	16,5 Millionen Arbeitnehmer
September 1931	14,4 Millionen Arbeitnehmer
September 1932	12,8 Millionen Arbeitnehmer

Freilich ist in der allerletzten Zeit diese Abwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Beschäftigten schwankte im Sommer und Herbst dieses und des Vorjahres wie folgt (in Tausenden):

	1931	1932
Mai	15 197	12 744
Juni	15 253	12 779
Juli	15 020	12 756
August	14 618	12 756
September	14 370	12 834

Damit lag in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten tiefer als in demselben Monat des Vorjahres: im Mai um 2 453 000, im September um 1 536 000. Seit Ende September ist die Zahl der Beschäftigten wieder zurückgegangen. Wahrscheinlich aber wird in diesem Jahre die winterliche Schrumpfung der Beschäftigung nicht so stark sein wie üblich. Bekanntlich wird die winterliche Arbeitslosigkeit in erster Linie durch die Entlassungen in der Landwirtschaft und im Baugewerbe bedingt. Die Landwirtschaft hat aber bereits die für die Winterzeit entbehrlichen Arbeitskräfte abgestoßen, so daß eine weitere saisonmäßige Schrumpfung der Beschäftigung nur noch von der Seite der Bauwirtschaft zu befürchten wäre. Das Baugewerbe war aber bereits im Sommer so schlecht beschäftigt, daß es im Winter nicht viel Arbeiter freisetzen kann.

Ohne weitere konjunkturelle Verschlechterung der Geschäftslage wird daher im kommenden Winter die Zahl der Beschäftigten kaum die Grenze von 12 Millionen unterschreiten. Beschäftigt zu sein gilt heutzutage beinahe wie ein besonderes Glück. Allerdings werden auch die Arbeitenden von den Auswirkungen der Krise nicht verschont. Auf dreierlei Weise bekommen sie den Druck der Krise zu fühlen: 1. durch die Kurzarbeit, 2. durch den Lohnabbau, 3. durch die Belastung ihres Haushaltes infolge der Not ihrer Angehörigen und Verwandten.

a) Kurzarbeit.

Nach den Berichten unserer Verbände standen von je 100 beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern in Kurzarbeit:

Ende Oktober 1929	7,5 Proz.
Ende Oktober 1930	19,5 Proz.
Ende Oktober 1931	34,2 Proz.
Ende Oktober 1932	39,1 Proz.

Die Kurzarbeit ist also gegenwärtig mehr als fünfmal so stark verbreitet wie vor drei Jahren, rund 40 Proz. aller Beschäftigten arbeiten verkürzt.

Der durchschnittliche Ausfall an Arbeitszeit pro Kurzarbeiter war:

im Oktober 1929	12,8 Stunden in der Woche
im Oktober 1930	14,0 Stunden in der Woche
im Oktober 1931	13,5 Stunden in der Woche
im Oktober 1932	12,8 Stunden in der Woche

Pro Kopf der Beschäftigten betrug die Kurzarbeit:

im Oktober 1929	1,0 Stunden in der Woche
im Oktober 1930	2,7 Stunden in der Woche
im Oktober 1931	4,6 Stunden in der Woche
im Oktober 1932	5,0 Stunden in der Woche

Im Jahr 1929 wurden aber noch in großem Umfang Überstunden geleistet. Im Durchschnitt entfiel auf jeden Beschäftigten wenigstens eine Überstunde in der Woche. Die tatsächliche Dauer der Arbeitswoche betrug im Durchschnitt: im Oktober 1929 48 Stunden, im Oktober 1930 45,3 Stunden, im Oktober 1931 43,4 Stunden, im Oktober 1932 43,0 Stunden. Im Vergleich mit dem Jahr 1929 bedeutete die Kurzarbeit (samt dem Abbau der Überstunden) einen Ausfall an Arbeit und Arbeitsverdienst pro Kopf der Beschäftigten: im Oktober 1930 um 5,6 Proz., im Oktober 1931 um 9,6 Proz., im Oktober 1932 um 10,1 Proz.

Diese Berechnung wird mit auffallender Genauigkeit durch die Industrieberechtigungen des Instituts für Konjunkturforschung bestätigt; die auf Grund der Berichte

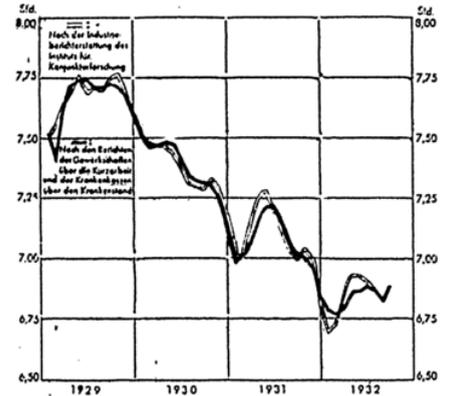
von einer Zahl repräsentativer Betriebe aus allen Wirtschaftsgebieten die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Arbeiter wie folgt ermittelt:

- im September 1929 . . . 7,76 Stunden
- im September 1930 . . . 7,33 Stunden
- im September 1931 . . . 7,03 Stunden
- im September 1932 . . . 6,96 Stunden

Danach wäre die durchschnittliche Arbeitszeit im Vergleich mit 1929 zurückgegangen: im September 1930 um 5,6 Proz., im September 1931 um 9,4 Proz., 1932 um 10,3 Proz.

Wenn man die Berichte unserer Verbände über die Kurzarbeit unter ihren Mitgliedern durch die Angaben der Krankenkassen über den Krankenzustand ergänzt, kann die durchschnittliche Dauer der Arbeitswoche oder des Arbeitstages pro Kopf der Belegschaft berechnet werden, die den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung entspricht. Die Übereinstimmung der Ergebnisse der beiden Ermittlungen im Lauf der ganzen Beobachtungsperiode ist gerade erstaunlich. Sie bestätigt die Richtigkeit unserer Berechnung (siehe das Diagramm).

Die durchschnittliche Arbeitsdauer pro Tag und pro Kopf der Belegschaft in den Jahren 1929 bis 1932



(Bei der Aufstellung dieses Diagramms wurde für das Jahr 1929 eine Überstunde wöchentlich pro Kopf der Belegschaft berechnet. Es wurde ferner angenommen, daß die Überstunden im 1. Halbjahr 1930 allmählich und gleichmäßig abgebaut worden sind. Für die Angaben des Instituts für Konjunkturforschung sind gleichzeitige Durchschnittswerte, für je 3 Monate genommen.)

Die Ursache der Lohnkürzungen ist den letzten Jahren wurde mehrmals durch die gewerkschaftlichen und amtlichen Vorkhebungen ermittelt.

Im Jahr 1930 sind die Tarifföhne unverändert geblieben, die überbetrieblichen Arbeitsverdienste wurden aber in den einen Betrieben gekürzt, in den anderen völlig abge schafft. Die daraus entstandene allgemeine Kürzung des Arbeitsverdienstes wird im Durchschnitt auf etwa 6 Proz. geschätzt. Seit Ende 1930 setzte die Offensive der Unternehmer gegen die Tarifföhne ein. Im Vergleich mit dem Stand von Dezember 1930 (gleich 100 gesetzt) wurden Tarifföhne im Durchschnitt gekürzt:

Nach der gewerkschaftlichen Tarifföhne (minim. Arbeiter)	Nach der amtlichen Tariflohnstatistik (sämtliche Berufsgruppen)
bis zum Dezember 1931 . . . um 7,6 Proz.	um 7,9 Proz.
bis zum Januar 1932 . . . um 17,5 Proz.	um 17,3 Proz.
bis zum Juni 1932 . . . um 22,2 Proz.	um 20,0 Proz.

* Nach der Auswertung der Dezember-Notenverordnungen.

Der gesamte Lohnabbau von 1929 bis 1932 einschließlich der Kürzung der überbetrieblichen Arbeitsverdienste sollte nach der gewerkschaftlichen Statistik rund 28 Proz. und nach den amtlichen Ermittlungen etwa 26 Proz. pro Stunde betragen.

Da aber die durchschnittliche Dauer der Arbeit pro Woche sich inzwischen um 10,3 bis 10,4 Proz. vermindert hat, ist der Wochenverdienst eines beschäftigten Arbeiters im Vergleich mit dem Jahr 1929 um 34 bis 36 Proz. gefallen.

Freilich sind auch die Lebenshaltungskosten in der Beobachtungsperiode gesunken: Im Jahresdurchschnitt 1929 war die Indexziffer der Lebenshaltungskosten 153,8, im Juni 1932 lautete sie auf 121,4. Wenn man aber die Steigerung der Steuern und Versicherungsbeiträge mit berücksichtigt, läßt sich die tatsächliche Senkung der Lebenshaltungskosten seit 1929 auf etwa 17 bis 18 Proz. schätzen.

Der Arbeitsverdienst der beschäftigten Arbeiter ist also zweimal tiefer gefallen als die Lebenshaltungskosten. Der effektive Reallohn hat sich im Durchschnitt um ein Sechstel vermindert.

c) Mehrbelastung durch die Krise.

In der Diskussion über den Arbeitsmarkt werden häufig die Beschäftigten den Arbeitslosen als zwei verschiedene soziale Schichten gegenübergestellt. Freilich sieht sich ein Arbeitsloser im Arbeitsamt oder vor dem geschlossenen Tor des Betriebs wie ein Ausgestoßener aus dem Kreis der Beschäftigten. Im Familienleben verteilt sich aber die Last der Arbeitslosigkeit unter die Arbeitslosen und die in Arbeit Stehenden. Diese gegenseitige Hilfe im Rahmen einzelner Arbeitnehmer-Haushaltungen hilft auf, bei einer Dauerkrise wie der jetzigen eine private Angelegenheit der

betreffenden Familien zu sein, sie verwandelt sich in eine soziale Last von ungeheurer Bedeutung. Zugleich aber bedeutet sie eine schwere Belastung des Haushalts der Beschäftigten.

Von den 20,8 Millionen Arbeitern, die es gegenwärtig im Reich gibt, fanden etwa 4 Millionen, solange sie beschäftigt waren, außerhalb des Familienhaushalts (alleinstehende und im fremden Haushalt lebende Personen). Etwa 2,2 Millionen gehörten zu den Familienhaushalten, deren Vorfälle keine Arbeiter sind (Bauern, Handwerker, kleine Rentner u. ä. m.). Die übrigen 14,4 Millionen verteilen sich auf Arbeiterhaushaltungen: etwa 8,9 Millionen waren Familienvorfälle, etwa 5,7 Millionen mitverdienende Familienmitglieder.

Unter dem Druck der Krise sind etwa 7,6 Millionen Arbeiter aus dem regelrechten Arbeitsprozeß verdrängt worden. Alle Schichten des Arbeitnehmers sind von der Arbeitslosigkeit etwa in demselben Maß betroffen. Für die Alleinstehenden (etwa 1,5 Millionen) handelt es sich um persönliche Not. Die Zahl der Arbeitslosen, die in den nicht proletarischen Familien Rückhalt haben, läßt sich etwa auf 0,8 Millionen schätzen. Es bleiben noch etwa 5,3 Millionen Arbeitslose übrig, die sich auf etwa 8,9 Millionen Arbeiterfamilien verteilen. Rund 60 Proz. der Arbeiterfamilien sind also unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen, in jeder zweiten proletarischen Familie gibt es ein oder mehrere arbeitslose Familienmitglieder.

Freilich bekommen viele Arbeitslose Unterstützung entweder bei der Arbeitslosenversicherung oder bei der Krisenfürsorge oder bei den Wohlfahrtsämtern. Selbstverständlich verfußt darüber hinaus jeder Arbeitslose sich selbst zu helfen, indem er für kümmerliches Entgelt allerlei gelegentliche Arbeit aufnimmt. Aber sofern er einem Familienhaushalt angehört, drückt der Ausfall seines Verdienstes das Lebensniveau sämtlicher Familienangehörigen herab.

Die Belastung der Haushalte der Beschäftigten durch die Arbeitslosigkeit ihrer Angehörigen oder Verwandten wird bis aufs äußerste durch die „Bedürftigkeitsprüfung“ gesteigert. Praktisch bedeutet die Aussteuerung von Arbeitslosen wegen „mangelnder Bedürftigkeit“ nichts anderes als Abwälzung der ganzen Last ihrer Unterfertigung auf einzelne Haushaltungen der noch in Arbeit stehenden Arbeitnehmer. Etwa jede dritte oder vierte Familie der beschäftigten Arbeiter wurde in der letzten Zeit durch die Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung betroffen.

Statistisch läßt sich die materielle Belastung der Beschäftigten durch die Arbeitslosigkeit ihrer Verwandten und durch die Kürzung der öffentlichen Unterstützung der letzteren nicht ermaßen. Es wird aber kaum eine Überbetreibung sein, wenn wir diese Mehrbelastung der Haushalte der Beschäftigten im Durchschnitt auf 10 Proz. ihrer normalen Einkommen abschätzen. (In vielen Fällen wird es sich um 20 bis 30 Proz. und mehr handeln.)

Das Lebensniveau der Arbeitenden wurde also in der letzten Zeit von zwei Seiten herabgedrückt:

Ihr effektiver Reallohn ist infolge der Kurzarbeit und des Lohnabbaus etwa um 17 Proz. gekürzt worden.

Aus den gekürzten Einnahmen müssen sie noch ihre arbeitslosen Angehörigen unterstützen.

Der Betrag, über den sie für sich selbst und die Angehörigen verfügen können, die auch früher auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen waren, ist etwa um ein Viertel zusammengeschrumpft.

Hier ist eine der wichtigsten Quellen der katastrophalen Ausschöpfung unseres Binnenmarktes. Nur durch die Aufrechterhaltung der Löhne und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung hätte die verheerende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit auf die Wirtschaft lokalisiert und gemildert werden können. Die soziale Reaktion, die die Wirkung der Krise auf die Kaufkraft der Bevölkerung aufs äußerste verstärkt hat, ist daran mitschuldig, daß die Krise in Deutschland eine Schärfe erhalten hat, die kein anderes Land der Welt kennt.

Korrespondenzen

Barmen. Etwa 160 Kollegen waren in der Versammlung am 18. November anwesend, die das Finale war in dem 63jährigen Leben unseres Ortsvereins „Typographia“. Der Ortsverein Barmen ist nicht mehr — er gehört der Geschichte an. Hoffen wir nur, daß der neue Ortsverein Wuppertal demal ein ebenso ehrenvoll vor der Geschichte unseres Verbandes und vor der freigewerkschaftlichen deutschen Arbeiterchaft bestehen kann, wie die beiden Ortsvereine Barmen und Elberfeld, aus denen er hervorging. Möge sich die Wuppertaler Kollegenchaft immer vor Augen führen, daß ihre Vorfahren im Bau der modernen deutschen Arbeiterbewegung manden Stein ins Fundament eingelegt haben. Die Barmer Kollegenchaft wird sich im Dezember noch einmal zu einer Feiern versammeln und nach diesem Abschiednehmen sich dann dem neuen Ortsvereiner Wuppertal mit der gleichen Lebenskraft und Liebe widmen, wie das dem Ortsvereiner Barmen zuteil geworden ist. — Diese letzte Versammlung hatte ein überdurchschnittliches Niveau und war von echt buchdruckerlicher Kollegialität erfüllt. Vorklingender Bellingrath widmete zu Beginn der Versammlung dem verdienstvollen Kollegen Otto Nitow und im besondern unserem ehemaligen Gauvorsteher Joseph Bertram, den mit der Barmer Kollegenchaft herzliche Freundschaft verband, warmempfundene Worte des Gedenkens. Der Vorklingende gab dann einen Bericht über einen Konflikt im Staatsverlag, der aber bereits mit Hilfe des Gauvorstandes beigelegt worden war. Die unrichtige Rolle eines Kollegen, der trotz des Konflikts gearbeitet hatte, gab Anlaß zu einer regen Debatte. Der Kollege, der sein begangenes Unrecht eingesehen hat und in der

Versammlung öffentlich sein Bedauern ausdrückte, fand milde Richter. Man ließ es mit einigen „bilden Zigaretten“ sein Bewenden haben und lehnte den beantragten Ausschluss mit großer Mehrheit ab. Die Kollegenschaft ist sich aber darüber im Klaren, daß dieser Beschluß kein Verzicht für weitere „Seitenranger“ ist. Der Extrakts des dann vom Vorklingenden fixierten Jahresberichts war: 1932 war ein an Arbeit reiches, aber an Erfolgen armes Jahr. Wir müssen uns ganz darauf konzentrieren, das große Ganze durchzusetzen. Zur Aufnahme gelangten zwei Kollegen. Zu Bewhachten erhalten nach dem einstimmig gefaßten Beschluß die Arbeitslosen und Invaliden 3 W. Leider reicht es zu mehr nicht. Der nächste Tagesordnungsgegenstand betraf Verschmelzungsangelegenheiten. Hierbei wurde der Versammlung das Ergebnis der Bewalterwahl unterbreitet. Kollege Bellingrath (Barmen) wurde im ersten Wahlgang mit fast Zweidrittelmehrheit (602 Stimmen von 945 abgegebenen Stimmen, davon 51 ungültigen) gewählt. Er tritt sein Amt am 1. Januar 1933 an. Kollege Claus beglückwünscht namens der Kollegenschaft unter allgemeiner Zustimmung den Kollegen Bellingrath zu seiner Wahl. Unter „Verchiedenem“ wurde angeregt, von der Mitgliederschaft Barmen noch eine photographische Aufnahme zu machen. Dann beschloß die Versammlung noch die stundenweise Ausschöpfung einzelner Kollegen, die sich zu schwerer Schädigung der arbeitenden und arbeitslosen Kollegen auszuwachsen droht. Der Vorstand will hier für Abhilfe sorgen. Mit einem begeistert erwiderten Hoch auf den Ortsverein „Typographia“ Barmen wurde diese letzte Versammlung geschlossen.

Berlin. (Handgeher.) Die Winterarbeit unserer Sparte hatte einen guten Aufstart. Den Bemühungen unseres Vorsitzenden Da mich war es gelungen, von der Firma C. T. Gleitsmann (Dresden) reichhaltiges Material zu einem Vortragsabend über die Farben zu erhalten. Der Einladung unserer Sparte waren auch die Mitglieder der Druckerpartei gefolgt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden begann Kollege Witzich, der sich bereitwillig in den Dienst der guten Sache gestellt hatte, seinen Vortrag mit der Frage: „Was ist Licht?“ In kurzen Zügen schilderte er die Zerlegung der Sonnenstrahlen durch das Prisma, streifte das Spiel des Lichts in der Natur. Keinen Menschen ist es vergönnt, derart schöne Farben, wie wir sie so oft im Freien bewundern, zusammenzufassen. Die chemische Industrie aber schreitet immer weiter vorwärts und schafft immer schönere Farben. Es ist nun die Aufgabe des Druckers, in Zusammenarbeit mit dem Seher die Farben der Druckerei richtig zusammenzufassen, um sie auf dem Papier zur Geltung zu bringen. Seine theoretischen Ausführungen ergänzte der Referent durch praktische Beispiele, bei denen sich die Kollegen an den Farbmischungen lebhaft beteiligten. Die aufmerksamen Zuhörer dankten dem Vortragenden zum Schluß durch lebhaften Beifall. Der Farbenfabrik C. T. Gleitsmann sowie dem Referenten sei an dieser Stelle für ihre Mühe und Arbeit nochmals herzlich dankt.

rs. Braunschweig. Wie überall in dieser schönsten aller Recken, wird auch hier in der alten Belsenstadt wegen der Kummerzeiten des Gewerbes der Abbau der alten Geschillen mehr und mehr vorgenommen. Seit ein Kollege ein gewisses Alter erreicht, ist er bald seine Arbeitsstelle zum leichten Watsch betreten. Das es vor Jahren hier am Ort etwa ein Dutzend invalider Kollegen, so sind es heute deren 61. Am nun unter den alten Kollegen das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht ganz verkümmert und sie der Einfauleit nicht leicht anheimfallen zu lassen, sind ein paar „Alte“ zu dem Entschluß gekommen, sämtliche invaliden Kollegen hier am Ort zu sich zu sammeln. Zu diesem Zweck wurde eine Zusammenkunft verabredet, um allest hiesigen Invaliden eine Ausprache zu ermöglichen über die Anzulegen dreier Kollegen. Eine am 29. November angelegte Ausprache im „Schiffischen Hof“ ergab, daß der Gedanke der Anreger erwünscht war, was die abgelehnten durch ihren Besuch und ihre Zustimmung bewiesen. Auch ein blinder in getreuer Begleitung seines Pflanz und ein fast blinder Kollege sowie unser Bezirksvorsitzender, Kollege Keuser, schenkten der Zusammenkunft ihre Gegenwart. Nach einigen einleitenden Worten der Bezirksvorsteher zur Zusammenkunft erklärten die Anwesenden ihr Einverständnis, atomatisch sich zu treffen unter Ausschaltung jeglichen Zwanges und jeglicher Beiträge. Da jedes Ding seinen Namen haben muß, wurde die Bezeichnung D. J. A. (Die „jungen“ Alten) in Vorschlag gebracht und angenommen. Daß der Mensch ein Gemeinschaftswesen ist, sagt schon das alte Wort: Es tut nicht auf, daß der Mensch allein lie. Dies sei den noch fernstehenden Invaliden zuzurufen, die bei der Gründung „Der jungen Alten“ fehlten. Ein Hoch auf den Verband beschloß dieses denkwürdige Invaliden-Besammensein zur Hebung des inneren Gleichgewichts.

Dortmund. Unsere Herbst-Bezirksversammlung fand am 16. November am Vorort statt. Trotzdem der Saal der „Globe“ überfüllt war, vernichteten wir eine Anzahl der noch in Arbeit stehenden Kollegen. Vorsitzender Bölle gedachte ehrend drei verstorbenen Kollegen aus dem Gaugebiet. Darunter befindet sich auch der Senior unseres Bezirkes, Kollege Max Enzig. Dieser gehörte dem Verband über 58 Jahre an. In allen Wechsellagen seines Lebens hielt er treu zur Organisation und dokumentierte noch kurz vor seinem Tod, daß der Gedanke der Gollbarität tief in ihm verwurzelt war. Die Verammelten widmeten den Verstorbenen ein stilles Gedenken. Unter „Gesellschaftlichem“ wurden die zur Auszahlung gelangenden Beträge der Weichnachtsunterstützung aus der Gaukasse für Arbeitslose, Kranke und Invaliden bekanntgegeben. Aber eine weitere Unterstützung aus der Bezirkskasse erfolgte Beschlußfassung in der anschließenden Ortsvorständekonferenz. Die benötigte Summe soll aus der Bezirkskasse entnommen und zum Teil durch Sammelkäufe aufgebracht werden, um die Erhebung von Extrabeträgen zu vermeiden. Erhebliche Kurzarbeit und umfangreiche Arbeitslosigkeit zwangen leider zu beträchtlicher Reduzierung gegenüber dem Vorjahr. Kollege Kshauer wies auf die Werbung der Bührerliste Guttenberg hin, während Kollege Meyer aus reger Beteiligung an der Arbeit des Bildungsverbandes ermahnte. Trotz der gegenwärtigen Notzeit dürfe das Interesse für berufliche Fortbildung nicht erlahmen, vielmehr sei diese Vorbedingung für Wiedereinstellung bei einer eventuellen Wirtschaftsaufschwung. Der Kassenbestand wurde

einer „leistungsfähigeren“ Druckerei ist im vollen Gange. Als 1. Januar 1933 geht es mit dem Druck der „Georgine“ in der neuen Umh. los, der Vertrag ist auf zwei Jahre abgeschlossen, und Gaultier soll alle Sorgen los sein, indem er durch diesen Druckauftrag das Müßiggang der „Preußischen Zeitung“ bedeutend gestärkt hat. (?) Koch braucht auch nicht mehr in Wut geraten über den technisch so mangelhaften Druck der „Preußischen Zeitung“, denn in der neuen Umh. ist dies unmöglich. (?) Was ein Buchdrucker, der mindestens 80.000, ja, noch mehr, drucken muß, bestimmt der Gaultier Koch können!

Magdeburg. Unsere Novemberversammlung war wieder gut besucht. Ein Beweis dafür, daß die Kollegen erkannt haben, um was es jetzt geht, daß die gewerkschaftlich-politische Lage in Deutschland an Stelle der Zersplitterung eine zu geschlossener Abwehrbereite Arbeiterschaft notwendig hat. Wägen auch diejenigen, die zu den dauernden Verklammschwämmern gehören, endlich erkennen, in welche Reihen sie gehören. Zu Beginn der Versammlung wurde die Erhebung des verstorbenen Kollegen Madsinger vorgenommen. Unter „Geschäftlichen Mitteilungen“ erfolgte die Wahl von zwei arbeitslosen Kollegen, die bei der Beschäftigung über die Verteilung der Weihnachtsgeldunterstützung mitwirken sollen. In der SPD-Zeitung wurde nun endlich die Verzeigerung der Notationsmaschine aufgehoben, nachdem das Gutachten der Sachverständigenkommission eingegangen war. Hierüber erging eine Anzahl Kollegen der Gewerkschaft. Vom „Neuen Magdeburger Tageblatt“, dem Organ der NSDAP, konnte berichtet werden, daß es bei der letzten Lohnzahlung haperte. Durch Eingreifen des Vorstandes erhielten die Kollegen ihren Lohn ausgezahlt. Weiter verpflichtete sich der „Trommler-Verlag“, daß auch in der kommenden Woche die Kollegen ihren Lohn erhalten sollen. Abermals mußte sich die Versammlung mit dem Konflikt in der „Tageszeitung“ beschäftigen. Einzelne Kollegen wurden wieder eingekerkert, die größte Zahl feiert immer noch. Der Direktor der Firma wurde erneut an sein Versprechen erinnert und es besteht die Aussicht, daß dieses auch von ihm gehalten wird. Weiter wurde Stellung genommen zu den Ausschüssen. Der Gewerkschaft hat die Ausschlagträge der letzten Ortsvereinsversammlung zurückgewiesen, da diese nicht auf der Tagesordnung standen. Aus diesem Grund mußte sich die Versammlung nochmals damit beschäftigen, um endlich diese Angelegenheit zu bereinigen. Mehrere Kollegen schlossen sich bereits selbst dadurch aus, daß sie keine Beiträge mehr zahlten. Die weiteren zum Ausschluß stehenden Kollegen wurden auch erregter Detante, an der sich auch Kollege W e i g e l t (Salz) beteiligte, der die Stellungnahme des Vorstandes bekanntgab, mit großer Mehrheit ausgeschlossen. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkt referierte unser früherer Vorsitzender, jetziger Gauleiter W e i g e l t über das Thema „Gewerkschaften und politische Macht“. Er führte unter anderem aus, daß gerade in der heutigen Zeit der Arbeiterkampf geschlossen gehen müsse. Besonders sei es notwendig, daß sich die Arbeiterschaft den von ihr geschaffenen Frontorganisationen, wie Reichsbanner und Eiserner Front, anschließen, damit wir uns gegen eine geschlossene Kampffront entgegenstellen können. Zu bedauern sei das gesammelte Verhältnis der Linksparteien zueinander. An diese mit großem Beifall aufgenommenen, in jeder Beziehung formvollendeten Ausführungen knüpfte sich keine Aussprache. Ein Beweis, daß der Referent den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. Der Vorsitzende dankte dem Referenten den Dank der Versammlung ab.

Minister i. W. (Maschinenleher.) Der Einladung zu einer „Technischen Stunde“ am 20. November waren die Mitglieder unserer Vereinigung überaus zahlreich gefolgt. Bis auf einige wenige Interessenten, die nie dabei sind, waren fast alle Mitglieder aus Münster erschienen. Auch die Ledner Mitglieder bekundeten durch vollständigen Besuch großes Interesse. Unbeschwert von jeglicher Tagesordnung, war diese Veranstaltung ganz dem Technischen gewidmet. Nicht weniger als drei Vertreter der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik, die Herren Bartsch (Hannover), Nyctel (Berlin) und den zufällig anwesenden Monsieur Müller konnten wir in unserer Mitte begrüßen. Nach einem ehrenden Gedenten unfers verstorbenen ehemaligen langjährigen Gauvorsitzers Bertram durch den Vorsitzenden F r i e d r i c h s t e i n e r Herr N y c t e l einen etwa einstündigen Lichtbildvortrag über das heutige Arbeitsgebiet der Linotype, insbesondere der Multimagazin-Beal (Möbel 4b). Aus zahlreichem typographisch aufgearbeiteten Sachbeispielen konnte man sehen, wofür vielfach dieses Arbeitsfeld die Schreibmaschine sich bereits erobert hat. Die im Bild gezeigten, teilweise sehr praktischen letzten Neuerungen an der Linotype erweckten das Interesse aller Anwesenden, und reichlicher Beifall lohnte am Schluß dem Vortragenden. Dieser neue Lichtbildvortrag der Mergenthaler, der im Gau Rheinland-Westfalen zum ersten Male in Münster gehalten wurde, kann allen Bezirksvereinen bestens empfohlen werden. Nach einer kleinen Pause nahm Herr Nyctel dann nochmals das Wort, um über das „Müllern“ an der Maschine zu sprechen und gab Ratshilfe zur Verhütung bzw. Minderung dieses Übels und auch sonst noch mancherlei beachtenswerte Winke für die Praxis. Dann kamen die Mitglieder ausgiebig zu Wort und brachten ihre Leiden, Wünsche und Beschwerden vor, die von den Herren N y c t e l und Monsieur M ü l l e r nach bestem Wissen, soweit sie sich aus der Ferne beurteilen ließen, bereitwillig beantwortet wurden. Alles in allem, es war eine interessante und lehrreiche „Technische Stunde“. Wir danken der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik sowie ihren Herren Vertretern auch an dieser Stelle für das bewiesene Entgegenkommen.

Worms. Am 20. November fanden sich 60 Kollegen zu unserer Bezirksversammlung ein, eine Zahl, die sehr zu wünschen übrig läßt. Der Vorsitzende gab verschiedene Fälle zu Rechtsfragen bekannt. Im übrigen ersuchte er die Kollegen, doch mehr Müßiggang in tariflicher Beziehung zu zeigen, zumal die Unternehmern heute alles versuchen. In einer Druckerei wurde ein Kollege entlassen, um einem Nazi Platz zu machen. Ausgenommen und ausgeschlossen wurden je ein Kollege. Im Rahmenbericht war die Witkumsfrage Gegenstand einer Debatte. Der Kaiser gab ein anschauliches Bild der Verhältnisse. Der Schwund des Vermögens wird stark beeinflusst durch

das Ortsgeföhen. Hierzu wurde angeregt, eine Neuregelung der Kleinrentenleistung derart vorzunehmen, daß das Ortsgeföhen in Wegfall kommt, da ja die meisten Bezugsvereine durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit nichts mehr geben können und unsern reisenden Kollegen, die es ernst nehmen, auch geholfen ist. Über das Thema „Die Gewerkschaften im Kampf für Freiheit und sozialen Fortschritt“ referierte Johann Kollege K r a f t (Mannheim). Ihm an dieser Stelle nochmals zu danken, ist uns ein Bedürfnis. Außerst verständlich schilderte er die gesamte Lage, die Not, die Schuld, die Pflicht und den Kampf der Gewerkschaften. War es in früheren Jahren trotz aller Gewalten möglich, die sozialen Bedingungen aufrechtzuerhalten und auszubauen, so ist leider heute diese Möglichkeit sehr beschränkt durch die Arbeiterzersetzung. Ob der Bestimmung in unsern Kreisen ist nun die Wirtschaftskrise das größte Übel, welches unsre Kollegen in die Hände der Gegner treibt, und diese verstehen es, den schon zerpflügten Boden durch geschickte Phrasen für sich einzunehmen. Gerade heute, in den Tagen der politischen Ereignisse, ist ein Zusammenschluß nötig, und dieser findet statt in der Eisernen Front. Neben erwähnte auch die Notverordnungen, die selbst das Tarifrecht durchbrechen, die gegen die Führer gerichteten Anschuldigungen, aber auch die Schuldfrage bei der breiten Masse. Jede Versammlung sollte man heute benützen, um den Glauben an die historische Mission der Arbeiterbewegung wieder neu zu beleben. Mit einem begeisterten „Freiheit“ schloß der Referent seine Ausführungen. Reicher Beifall sowie mancher Zuruf bezeugten ihm, daß seine Ausführungen auf guten Boden gefallen waren. Hoffentlich wird sich mancher eines Besseren befähigen nach diesem vorzüglichen Referat. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht, nur eine Zustimmung im Sinne des Referats. Mit einem fernigen Schlußwort des Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Ablieferung der Einkommensteuermarken. Vom Präsidium des Landesfinanzamts Berlin wurden wir gebeten, im Interesse unser Mitglieder darauf hinzuweisen, daß jeder Arbeitnehmer, für den im Kalenderjahr 1932 Steuermarken verwendet worden sind, verpflichtet ist, spätestens bis zum 15. Februar 1933 seine Steuerkarte für 1932 und die Einlagebogen mit den im Kalenderjahr 1932 verwendeten Steuermarken an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk er am 10. Oktober 1932 seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Dabei hat er die Nummer der Steuerkarte für 1933 und die Gemeindebehörde, die diese Steuerkarte ausgestellt hat, anzugeben. Sofern die Steuerkarte 1932 vom Arbeitnehmer nicht eingekantet werden kann, weil sie etwa bei einem Arbeitgeber für die Lohnsteuerberechnung Verwendung findet, sind Name und Wohnung dieses Arbeitgebers bei der Einbringung der Einlagebogen vom Arbeitnehmer genau anzugeben. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen auf die Ablieferungspflicht hinzuweisen. Die Einlagebogen müssen vom Arbeitgeber ordnungsmäßig ausgefüllt und aufgerechnet sein.

Küßang der Bücherproduktion Americas. Wie bei uns in Deutschland, erschienen auch in den Vereinigten Staaten im Jahr 1932 weniger Bücher. Im Oktober 1932 betrug die Zahl der Neuererscheinungen nur 1090, gegen 1272 im Oktober 1931. Für die verfloßenen zehn Monate 1932 ergibt sich eine Gesamtzahl von 7840 Werken; das ist ein Rückgang von 1222 Werken gegen das Vorjahr. Der Anstieg verteilt sich auf fast alle Gebiete; ein Zuwachs ist nur in den Gruppen „Soziologie und Wirtschaftslehre“ und „Spiel und Sport“ zu verzeichnen.

Die Konjunktur in Deutschland Anfang Dezember 1932. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht im 10. Jänner erschienen dritten Vierteljahrsheft als Ergebnis seiner Beobachtungen der Wirtschaftslage Anfang Dezember interessante Feststellungen. Über die Lage in Deutschland wird folgendes gesagt: „Die Beschäftigung ist zum erstenmal seit vier Jahren konjunkturreich leicht gestiegen. Auch Produktion und Umsätze haben sich leicht belebt. Begünstigt waren vor allem die Verbrauchsgüterindustrien. Der Produktionsauftrieb erklärt sich hier vornehmlich als Reaktion auf die vorausgegangene Drohselung der Produktion sowie aus Einwirkungen von Weiterarbeitern und Händlern, die durch die Rohstoffpreise gegen Mitte des Jahres veranlaßt wurden. Vom Konsum selbst lagen keine Anregungen vor. Das Einkommen und mit ihm die Einzelhandelsumsätze nehmen eher noch ab. In den Produktionsgüterindustrien war der Umschwung weniger ausgeprägt. Immerhin ergab sich auch hier eine leichte Belebung. Kaufkraft, Aufträge der öffentlichen Hand und Bestellungen des Handels zuecks Ergänzung der Lagerbestände sind als Gründe anzuführen. Die Investitionsstätigkeit blieb unverändert niedrig. Auch der Druck von der Kreditseite her hat sich abgeschwächt. Der Abbau der Bankdebetoren geht nunmehr in verlangsamtem Tempo vor sich, und zwar offenbar weniger als Folge von Schuldeneintreibung als durch Abdeckung unbenutzter Betriebskredite. Die Notenhaltung läßt nach, die Sparkassen verzehnten erstmals seit Mai 1931 wieder einen Einzahlungsüberschuß, die Aufzinsung des Kapitalmarkts macht weitere Fortschritte. Die Höhe der Zinssätze ist allerdings noch immer restriktiv. Eine nachhaltige Besserung der Wirtschaftstätigkeit ist dadurch vorerst unmöglich gemacht. Die Periode krisenhafter Wirtschaftsumwälzung dürfte aber abgeschlossen, der Eintritt in die Depressionsphase, die einen mehr horizontalen Verlauf von Produktion und Beschäftigung bringt, vollzogen sein.“

Referenzen über den neuen Reichsarbeitsminister. Der von Reichspräsidenten zum Arbeitsminister im Kabinett v. Schlegler ernannte Dr. Syrup wurde am 9. Oktober 1881 in Wildow (Hannover) geboren. Nach Besuch des Realgymnasiums in Hannover und bestandener Reifeprüfung studierte er zunächst Maschinenbau und machte das Diplom-Ingenieur-Examen. Dann studierte er Jura, promovierte zum Dr. jur., wurde Referendar in der preussischen Gewerbeaufsichtsverwaltung, 1907 Gewerbeinspektor, später Gewerbeamt, Regierungsrat und im Jahr 1918 Vortragender Rat und Weisener Regierungsrat im preussischen Handelsministerium. Nach einer vorübergehenden Beurlaubung zum Demobilisationsministerium erfolgte 1919 sein Eintritt in den Reichsdienst, in dem er seit 1920 als

Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, seit 1927 als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tätig ist. Am 10. Juni 1932 wurde Syrup auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Aufbau ersten sozialen Lebens von unten auf. Der bekannte Professor Gerhard Kehler von der Leipziger Universität tennzeichnete in der „Neuen Leipziger Zeitung“ Sittler und seine „Tatkraft“ in treffenden Worten. Nachdem er den „Führer“ in seiner ganzen Mächtigkeit gezeichnet hatte, schrieb er u. a.: „Deutschland erwache! Wrasenwägen und Heher haben dich jahrelang irreführt. Sie versprachen dir Freiheit und richteten deine Jugend zum Kadavergehörig ab. Sie redeten von Deutschtum und Christentum und zeigten dir eine blutrote Fahne mit einem buddhistischen Symbol darauf. Sie versöhnten dir „Abfassung des Arbeits- und mühseligen Einkommens“ und schufen eine wohlgenährte Parteilohnokratie. Einem Volk, das politische Schriftsteller wie Brandt und Treitschke, politische Meister wie Stein und Bismarck besaß, drachten sie das hilflose Gestammel ihres aus Sentimentalität, daß und schlechtem Deutsch zusammengesetzten Parteiprogramms und die langweilige Schwarte jenes Berufs- und Dauerredners, der im Münchener Bierkeller seinen Karrieren so rühmlich begann und in den Prunkräumen des Berliner Kaiserhofes nun ebenso rühmlich abschloß. Deutschland erwache! Gib den Mattenfüßern den Abschied und wende den Wolkensudenschein den Rücken. Freiheit in der Politik statt der jetzigen Verfallung aller unter dem Kommando eines „Führers“, der 13 Jahre geredet und versprochen und noch nichts geleistet hat. Und dann sozialer Aufbau, Volksaufbau und politische Selbstregierung unfers Volkes, statt der blassen Verfassung und „Angebungen“ mit Alchemie und Sprechhöfen. Die Masse, die die Volkserhebung der letzten Jahre zusammenbrachte und zusammenfingerte, ist das Unvoll, ungegliedert, ungeordnet, jeder Stimmung und jeder Wrasen wehrlos hingegeben. Echtes soziales Leben baut sich still von unten auf, in Berufsgruppen und Gewerkschaft, in Genossenschaft, Innung und Bauernverein, in Dorf- und Stadtgemeinde, in Jugendbund und Volkshochschule. In solchen Selbstziehungskreisen können Wofe und Wrasen nicht lange bestehen, aus solchen Gemeinschaften wachsen im stillen Dienst auf echte Führer auf. Deutschtum, Freiheit und sozialer Aufbau — mit diesen politischen Grundgedanken werden wir den ganzen Spul und Phrasenwust der letzten Jahre verschleiden. Wir müssen nur endlich wollen und arbeiten — Deutschland erwache!“

Anpassungsfähigkeit der Nazis. Das sogenannte Programm der Nazi-Partei ist ein Sammelsurium halb verstandener und verzerrt ausgelegener Wahrheiten und einer Menge verschwommener Phrasen. Einer der Väter dieses Programms ist Gottfried Feder. Aus nachstehender, von der „Frankfurter Zeitung“ vorgenommenen Gegenüberstellung aus der von Feder verfaßten Schrift „Der deutsche Staat“ kann man deutlich erkennen, wie sich die Nazi-Partei, die ihre eignen Theorien als „unabänderlich“ anpreisen, je nachdem sie umzustellen und anpassen verstehen und arbeiten — Deutschland erwache!“

6. Auflage 1931:

„Menschenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden verstaatlicht...“

„... der wahre Unternehmer muß mit den Vresen an die unsterbliche Grenze gehen, um seine Arbeiter zu entlassen...“

„Das hervorragende und weltbekannteste Beispiel dieser Art ist die Unternehmung der Bauernverbände...“

„Nicht minder hoch sind in die Zukunft einzuwirken die Arbeit, Ströber, Töpsen, Abbe, Mannesmann, Siemens.“

7. Auflage 1932:

„Menschenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden betamft...“

„Der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung lo zu erwirken, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher abgedeckt werden kann, daß die Verkehlungsstellen immer geordnet werden...“

„Wohl das leuchtendste Beispiel dafür waren Unternehmern dererwelse ist Ernst Abbe...“

„Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Töpsen, Vorka, Krath, Wassef.“

Im Jahr 1931 wollte man noch Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) verstaatlichen. Ein Jahr später will man sie nur noch „betamfen“. Wie und wodurch wird nicht gesagt. Vor einem Jahr sollte der Unternehmer die Arbeiter noch gut entlassen. Jetzt hat er nur noch eine volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Im Vorjahr wurde Feder als der fortschrittlichste Unternehmer bezeichnet. In diesem Jahr ist der Sozialpolitiker und Freund August Wobels, Ernst Abbe, an seine Stelle getreten. In der letzten Auflage des Buches wurde der Oberlehrermeister Kriebel noch „hoch eingeschätzt“. Jetzt ist sein Name verschwunden. Das Ganze ist ein Beispiel dafür, wie die Nazis das Mäntelchen nach dem Wind drehen. Es ist schade, daß auch Arbeiter ihnen nachlaufen und nicht merken, welches Spiel hier von politischen Scharlatanen gespielt wird.

Besserungsercheinungen in der Schwerindustrie. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet stieg im Oktober gegenüber dem Monat Juli um 16 Proz. Die Rotzenerzeugung stieg im gleichen Zeitraum um 9 Proz. Für Roheisen war eine Zunahme um 19 Proz. und für Rohstahl eine solche um 23 Proz. zu verzeichnen. Diese nicht unbeträchtlichen Besserungsercheinungen in der Schwerindustrie werden auf die wachsende Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes zurückgeführt. Trotzdem werden vorhandene Erzeugungslanlagen der westdeutschen Hüttenindustrie nur zu etwa einem Drittel ausgenutzt.

Start geklunenes Volkseinkommen. Die Hauptergebnisse einer Untersuchung über die Entwicklung des Volkseinkommens in Deutschland wurden vom Statistischen Reichsamt in der Novembernummer der von diesem herausgegebenen Monatschrift „Wirtschaft und Statistik“ bekanntgegeben. Danach ist das Volkseinkommen, das 1913 im jetzigen Reichsgebiet rund 46 Milliarden Mark damaliger Kaufkraft betrug, von 1925 bis 1929 nominal um rund 60 auf 70 Milliarden gestiegen und 1931 auf 57 Milliarden gesunken. Die Umrechnung auf Kaufkraft von 1928 ergibt, daß diese zahlenmäßige Steigerung zum großen Teil lediglich Ausdruck des veränderten Geldwertes ist. In Kaufkraft von 1928 betrug der Zuwachs der Gesamteinkommen von 1913 bis 1929 nur 8 Proz. Schaltet man ferner den Faktor der größeren Bevölkerungsdichte durch Berechnung

